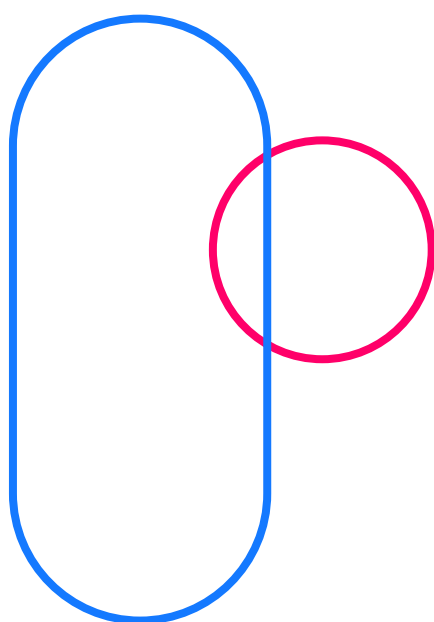
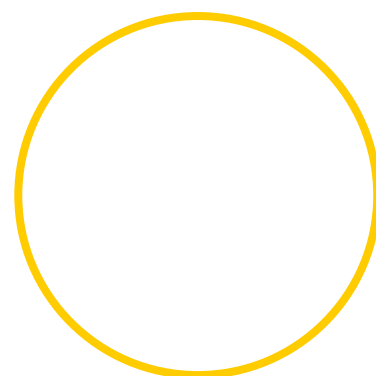


Für eine aktive Menschenrechtspolitik

Beschluss der
46. Vollversammlung am 19.11.2022



Kurz gesagt!

- Wir solidarisieren uns mit der Frauenbewegung im Iran und fordern dies auch von der Thüringer Landespolitik.
- Menschenrechte sind universelle Rechte – sie gelten für alle Menschen, an jedem Ort. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht folgenlos sein.
- Gemeinsam mit anderen europäischen Staaten sollte der Iran durch diplomatische und unter Umständen sanktionierende Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte bewegt werden.

Für eine aktive Menschenrechtspolitik

Solidarität mit der Frauenbewegung im Iran und verstärkte Bemühungen um die Bekämpfung der Femizide in autokratischen Staaten

Der Landesjugendring Thüringen e. V. und seine Mitgliedsverbände zeigen sich erschüttert über den Tod der Kurdin Jina (Mahsa) Amini. Sie war im Iran von der dortigen Sittenpolizei festgenommen und nach kurzem Polizeigewahrsam in ein Krankenhaus in Teheran verlegt worden, wo sie am 16. September 2022 verstarb. Grund für ihre Festnahme war, dass sie ihr Kopftuch nicht entsprechend der im Iran geltenden Sittenregeln getragen haben soll.

Teile der iranischen Bevölkerung protestieren seitdem lautstark gegen das herrschende Regime und die systematische Unterdrückung von Frauen aus angeblich religiösen Gründen. Der iranische Präsident Ebrahim Raissi lässt gegen die Demonstrierenden hart vorgehen, verschiedene Medien berichten von vielen Toten, Verletzten und Inhaftierten.

Der Landesjugendring Thüringen e. V. und seine Mitgliedsverbände treten für die Verwirklichung der Menschenrechte, für Demokratie und Freiheit, Gewaltlosigkeit und Frieden sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Wir solidarisieren uns mit der Frauenbewegung im Iran und fordern den Thüringer Landtag und die Thüringer Landesregierung dazu auf, dies ebenso zu tun.

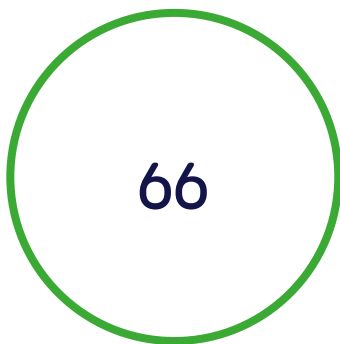
Auch der Iran ist durch seinen Beitritt zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte („UN-Zivilpakt“) an die Menschenrechte gebunden. Menschenrechte gelten universell. Eine Diskriminierung und Unterdrückung auf Grund der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung – auch aus vermeintlich religiösen Gründen – gehört weltweit geächtet.

Beschluss

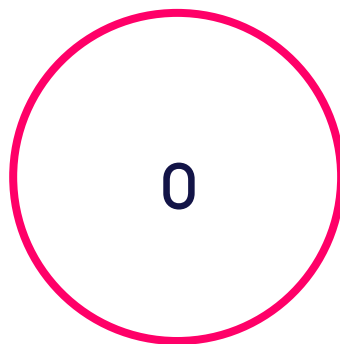
Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert die Landesregierung auf, sich umgehend auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bisherigen Ankündigungen der Bundesregierung nicht nur Lippenbekenntnisse – wie leider so oft im Bereich der Menschenrechtspolitik – bleiben, sondern, dass die Bundesregierung

- sämtliche diplomatische Mittel einsetzt, um die politische Führung Irans zur Einhaltung der Menschenrechte zu bewegen.
- sich für die Einhaltung der Kinderrechte einsetzt, damit Kinder und Jugendliche nicht weiter zu unschuldigen Opfern des Mullah-Regimes werden und sie in Frieden und Freiheit aufwachsen können.
- gemeinsam mit den europäischen Partnern eine Iran-Strategie entwickelt, die auch Sanktionen nicht ausschließt, mit dem Ziel, den Iran zur Einhaltung der Menschenrechte zu bewegen.
- den Koalitionsvertrag ernst nimmt und den eigenen Anspruch „Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen muss weltweit beendet werden.“ auch umsetzt.

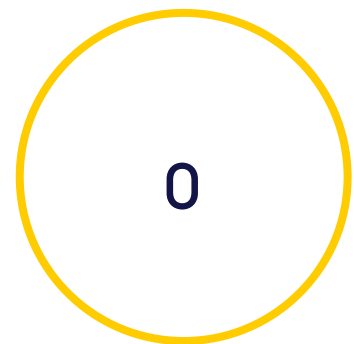
Abstimmung



JA



NEIN



ENTHALTUNG